

14. Juli 2026

PRESSEMITTEILUNG

Steigende Eigenanteile: Verschiebung der Pflegereform bietet Chance für Kostensenkung

Der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) fordert, die Verschiebung des Pflegeneuordnungsgesetzes für Nachbesserungen zu nutzen. Steigende Kosten für Pflegebedürftige, Beitragszahlende und Kommunen sind kein Naturgesetz, eine kostengünstige Pflege ist möglich.

Dazu erklärt AGVP-Präsident Thomas Greiner: „Steigende Eigenanteile dürfen nicht länger behandelt werden wie ein Naturgesetz. Pauschale Vergütungsdeckel für die Einrichtungen sind keine Lösung, Kosten auf Pflegebedürftige abzuwälzen auch nicht. Statt eine kostengünstigere Pflege zu ermöglichen, wird sie politisch verteuert – damit muss Schluss sein.“

Solange starre Personal- und Bauvorgaben die Kosten treiben, werden auch die Eigenanteile weiter steigen. Wer bezahlbare Pflege will, muss diese Kostentreiber angehen: volle Flexibilität beim Personaleinsatz ermöglichen und die Axt an Detailsteuerung und überflüssige Vorgaben legen. Die Verschiebung der Pflegereform bietet die Chance für eine Kostensenkung.“

Hintergrund

Nach [Angaben des Verbandes der Ersatzkassen \(vdek\)](#) liegt die durchschnittliche Eigenbeteiligung im ersten Jahr eines Pflegeheimaufenthalts inzwischen bei 3.364 Euro im Monat. Das sind 119 Euro mehr als zu Jahresbeginn. Vor drei Jahren lag der Wert noch bei 2.548 Euro – ein Anstieg um knapp ein Drittel.

Die Eigenbeteiligung umfasst den pflegebedingten Eigenanteil, Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten für Bau und Instandhaltung der Einrichtung.

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte: Leon Virchow
Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)175 3793032
Mail: virchow@arbeitgeberverband-pflege.de
Webseite: www.arbeitgeberverband-pflege.de/

Der Arbeitgeberverband Pflege e.V. (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessensvertretung von 955 Mitgliedsunternehmen mit rund 80.000 Beschäftigten in der Altenpflege.

Als starkes Bündnis gestaltet der AGVP gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der für fünf Jahre berufenen Pflegekommission die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Altenpflege.